

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden  
Bismarckstr. 10, 1. u. 2. Stockwerk  
Telefon: 2211  
Redaktion: Bismarckstr. 10, 2. Stockwerk  
Telefon: 2211  
Schiffstraße 11, Hauptstadtteil  
Dresden - K. L. Bismarckstr. 10/11

Bezugspreis bei Nichtannahme monatlich 2.20 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Transportlohn), durch Nachzahlung 2.20 RM. einschließlich 10 Pfg. Postgebühr (ohne Verpackungsgeld) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Seite 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. abh. Anzeigensatz 11. Text. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. (Erstveröffentlichung 30 Pfg.). Kuponfreie Kuponkarte gegen Vorauszahlung.

Druck: K. Verlag: Dieckhoff & Reichardt  
Dresden, Bismarckstr. 10/11  
Kaufpreis nur mit druck. Anzeigensatz  
(Dresden, K. L.) zu 10 Pfg. Unentgeltlich  
Schiffstraße werden nicht aufbewahrt

## Hindenburg nimmt die Kandidatur an

### Die Rundgebung des Reichspräsidenten

Berlin, 15. Febr. Wie wir erfahren, hat Reichspräsident von Hindenburg sich entschlossen, die ihm von zahlreichen Seiten angebotene Kandidatur für die Neuwahl zum Reichspräsidenten anzunehmen. — Reichspräsident von Hindenburg hat seine Zustimmung in die Form der folgenden Rundgebung geäußert: „Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Verehrung eine Pflicht erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Würde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Eingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation!“

Dazu schreibt unsere Berliner Schriftleitung: Mit der Erklärung Hindenburgs hat sich die Spannung gelöst, die nahezu unerträglich in den letzten Tagen über der Reichshauptstadt lag. Alle politischen Kreise, gleichgültig, wie sie zu den Vorgängen stehen, atmen gleichsam auf. Die Fronten zeichnen sich jetzt deutlich ab. In der Welt der Fronten ist man über die Entwicklung begrifflicher Weise sehr freudig gestimmt. Man ist überzeugt davon, daß man nunmehr auch am Ruder stehen kann. Der Sachverhalt hat für Dienstagvormittag die Vertagung der lokalen Parallelsitzungen aus Dresden, Leipzig, München usw. nach Berlin berufen und wird in einer Pressekonferenz eine Rundgebung bekanntgeben. Die Deutsche nationale Volkspartei ist bereits wenige Minuten nach dem Erscheinen der Hindenburg-Erklärung mit einer (unter wiedergegebenen) Verlautbarung herausgetreten. Eine Rundgebung der Nationalsozialisten wird jede Minute erwartet. Zu einem aus durchsichtigen Gründen gerade in diesem Augenblick in den „Naziischen Kurier“ lancierten angeblichen scharfen Brief Hitters

an Selbste wird vom Stahlhelm mitgeteilt, daß ihm darüber nichts bekannt sei. Zweck dieser Veröffentlichung ist unzweifelhaft, Verwirrung in die Parteifront zu tragen. Seitens der Deutschen Volkspartei und der Volkskonservativen liegen ebenfalls bereits Verlautbarungen vor.

### 2,5 Millionen Eintragungen für den Sahn-Ausschuß

Berlin, 15. Februar. Wie der Hindenburgausschuß mitteilt, hat sich die Zahl der Eintragungen für den Wahlvorschlag Hindenburg im Laufe des Montagvormittags 2,5 Millionen erreicht. Es lausen stündlich noch Anmeldebildungen, namentlich vom sächsischen Lande, ein. Oberbürgermeister Dr. Sahn wird sich Dienstag vormittag um 11,30 Uhr mit einer Abordnung zum Reichspräsidenten begeben, um ihm über das Ergebnis zu berichten.

## Absage der Deutschnationalen Volkspartei

Berlin, 15. Februar. Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit: „Die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Brünning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verächtlicher Gleichgültigkeit hat die Hindenburg-Kandidatur betrieben. Beides hat nicht nur dem Namen des Feldmarschalls, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die deutsche Volkswirtschaft zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Hinter dieses Gebot müssen auch alle Wünsche der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, versucht daneben, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg als Schutzbild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunutzen. Aus ihrer Hand nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Die Lage der Dinge macht es uns sehr unangenehm, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.“

## Die Entscheidung des Stahlhelms

### Letzter Appell an Hindenburg

Berlin, 15. Febr. Die Presseabteilung des Bundesamtes des Stahlhelms, Bund der Frontkämpfer, teilt mit: Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelms in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl verammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereitsteht, wenn eine ausreichende sichbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

Vertreter des Stahlhelms haben dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner, eine mündliche Erklärung im Sinne dieser Stahlhelmanschließung abgegeben. Staatssekretär Meißner hat die Erklärung entgegengenommen, jede Verhandlung darüber aber abgelehnt.

Der Stahlhelm bleibt mit dieser Erklärung der Haltung treu, die er von Anfang an in der Präsidentenfrage eingenommen hat. Das Verlangen nach einem sichtbaren Kurswechsel ist nach den früheren Verlautbarungen gleichbedeutend mit der Forderung des Ersatzes der Regierung Brünning

durch eine eindeutig nationale. Es fragt sich nun, ob Reichspräsident v. Hindenburg bei seiner Ablehnung dieser Forderung bleibt. Die Rundgebung, in der er sich zur Wahl zur Verfügung stellt, darf man wohl in dem Sinne auffassen, daß er von sich aus keine Regierungsveränderung herbeiführen will. Wenn sich dieser Eindruck bestätigt, dann bleibt der Stahlhelm nach seiner Erklärung in der Harzburger Front, die gegen eine von der Linken getragene Kandidatur Hindenburg ist. Die Bestimmungsgemeinschaft der Rechtsopposition im Grundgesetz bleibt also damit gewahrt, auch wenn das taktische Vorgehen im ersten Gang der Reichspräsidentenwahl für jede der Rechtsgruppen getrennt erfolgen sollte.

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsanwalt Dr. Brünning zum Vortrag, ferner den Präsidenten des Reichskriegerbundes Rylländer, General a. D. von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Aufrührerbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

Rational muß sich nach drei Wochen schonen. Rational unterzog sich am Sonntag einer Untersuchung seines Auges. Ihm wurde vollkommene Ruhe von mindestens drei Wochen und starke Schonung seiner Augen für die Zukunft anempfohlen.

### Die Türkei unterstützt Tardieus Plan

Genf, 15. Februar. Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey erklärte heute auf der Abrüstungskonferenz, die französischen Vorschläge seien insoweit interessant, als sie zur Internationalisierung des Militärwesens, d. h. zur Abschaffung der nationalen Armeen, die die beste Förderung der Abrüstung bedeuten, führen könnten. Dadurch würden die Sonderbindnisse hinfällig, und es würde nur noch ein einziges Bündnis der Kulturwelt gegen den Krieg bestehen. Die Vorschläge über Verbote bestimmter Waffen würden von der Türkei bekräftigt, in die Türkei trete sogar dafür ein, daß nicht nur die Verwendung, sondern auch die Produktion solcher Waffen unmöglich gemacht werden.

Nach dem türkischen Außenminister sprach der norwegische Delegierte Colban und erklärte, die Beschränkung der Haushaltsumgaben für militärische Zwecke müsse mit einer direkten Beschränkung des Personals und des Materials Hand in Hand gehen. Das Verbot gewisser Waffen müsse ergänzt werden durch die Kontrolle der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels. Der Vorschlag einer internationalen Armee sei nicht durchführbar ohne eine starke Verminderung der nationalen Rüstungen.

Man konnte beobachten, daß der französische Kriegsminister Tardieu dem norwegischen Delegierten nach Beendigung seiner Rede in ein längeres Gespräch zog.

Der portugiesische Außenminister Branco kündigte dem Vertreter seines Landes zur Generalasche über die Schiedsgerichtsbarkeit an. Mit seinen ausgedehnten Grenzen und seinen Kolonien habe Portugal kein Heer und keine Marine bereits auf das Mindestmaß herabgesetzt. Im übrigen sprach der Vertreter Portugals sein Einverständnis mit dem Konventionstext aus und den Vorschlägen für das Verbot bestimmter Waffen aus.

### Japanischer Sturmangriff auf Wulung abgeblieben

Moskau, 15. Februar. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, daß der japanische Angriff gegen Wulung am Montag abgeblieben wurde. Die japanischen Truppen, die nach schwerer Artillerievorbereitung und Vernebelung vorrückten, die Forts zu stürmen, wurden von den Chinesen mit hartem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer empfangen. Es gelang den Chinesen, 1000 japanische Soldaten und Offiziere abzuwehren und gefangen zu nehmen. Der Führer der japanischen Sturmtruppe erlitt bei der Enttarnung Verletzungen. — Die Japaner legen ihre Sturmangriffe fort. 17 japanische Kriegsschiffe nahmen an der Beschießung teil.

Schanghai, 15. Februar. Der amerikanische Botschafter Ringwalt, der in der internationalen Niederlassung eine Amerikanerin Sicherheitsüberprüfung beendete, wurde von Japanern angegriffen, schwer mißhandelt und mehrfach verletzt. Auch seine Begleiterin wurde von den Japanern angegriffen. Der amerikanische Generalkonsul hat bei den japanischen Behörden scharfen Protest eingelegt und ist vom amerikanischen Staatsdepartement aufgefordert worden, ausführlich nach Washington zu berichten.

### Nationalsozialistischer Goutag in Chemnitz

Chemnitz, 15. Februar. Am Sonntag verammelten sich die Amtswalter und SA-Führer des Gaues Sachsen der NSDAP im Chemnitzer Marmorpalast zu einer Goutagung, auf der ihnen durch den Gauleiter Wulfschmann, W. d. R., den Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels, W. d. R., den sächsischen Fraktionsführer Dr. Fritsch, W. d. R., die Richtlinien für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl gegeben wurden. Nach dem Rahmenseinmarsch eröffnete Dr. Fritsch die Goutagung mit begründenden Worten. Er bezeichnete dabei die Reichspräsidentenwahl als letzte Entscheidung und nannte Hindenburg als untragbar für die NSDAP, wenn er von Marxisten auf den Schild gehoben werde. Für den Gau gab er die Parole aus: Verkauf alles! Kauf ein Schwert! Als oberster Gedanke des großen politischen Kampfes aber gelte: „Hinweg mit diesem System! Dem Nationalsozialismus die Macht!“

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels, der bei seinem Eintreffen klammrig begrüßt wurde. Er bezeichnete 1932 als das Jahr der Entscheidung und bemerkte weiter, daß die nationalsozialistische Bewegung längst den parteipolitischen Charakter verloren habe. Die einzelnen Stappen ihrer Bewegung seien Sekte — Partei-Bewegung — Volk. Außer den Nationalsozialisten habe es heute in Deutschland nur noch Dostungeloffenheit oder Anarchie. Es stünden sich heute das deutsche Volk und das antideutsche Deutschland gegenüber. Beide würden zu einer weltanschaulichen Auseinandersetzung. Zwischen Marxismus und Nationalsozialismus könne es keine Zuspitzung mehr geben. Einer von beiden müsse fallen. Bei der kommenden Reichspräsidentenwahl gehe es nicht um Namen, sondern es gehe um die Sache. Am 15. März würden aller Voraussicht nach die Nationalsozialisten die Herren von Deutschland werden.

Es fanden dann noch verschiedene Vorträge über Sondergebiete statt. An Adolf Hitler und Gregor Strasser wurden Telegramme gesandt, in denen der unergründliche Siegswille zum Ausdruck kam.